

Aufwärts

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus“,
„Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Bezugspreis:

Erscheint wöchentlich sechs Mal. — Preis monatlich 1.25 und
0.80 Beilagengebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs
Ausland unter Streifenband 1.86 (inkl. Postgeb.). Preis der
Einzelnnummer 10 Pf. Postfach 10 Hannover 87 577.

Anzeigenpreis:

Die einseitige Zeile mit 10 Zeilen, 10 Spalten.
Reklame 50 Pf. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Pf.
Schluß der Anzeigenannahme nachmittags 3 Uhr. Postfach
10 Hannover 87 577.

Nr. 252.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Mittwoch, den 28. Oktober 1931.

13. Jahrgang.

Gebrauch schwächt den Magnet und auch die Tugend nie,
Je mehr man beide nützt, je mehr vermögen sie.

Kreischmann.

Führer und Helfer der Siedlung.

Der erste Anlauf der Selbsthilfssiedlung, welcher in der Wohnungsnot der Nachkriegszeit 1919 einsetzte, kam 1924 zum Stocken, ehe die Erfahrungen dieser Aktion praktisch ausgewertet werden konnten. Bequeme Kredite der öffentlichen Hand, die nach der Inflation flüssig gemacht wurden, kamen nun hauptsächlich jenen überbezahlten städtischen Fürsorgewohnungen zugute, deren Zinsverpflichtungen von Monat zu Monat lästiger wurden: ein Beweis, daß die Zuschußwirtschaft für den Wohnungsbau ihre besonderen Gefahren hat. Man möchte jetzt am liebsten ohne Leihgeld beim Bauen auskommen; das heißt nichts anderes, als die eigene Kraft einspannen, zuerst eine Rente erarbeiten und dann erst bauen. Im Grunde genommen ist das wieder Selbsthilfe. Man darf sie durch aus nicht verwechseln mit unwirtschaftlichen Maßnahmen, Vernachlässigung der Technik. Sie kann durchaus planmäßig und sachgemäß auftreten, nur erfordert sie eine grundlegende geistige Umstellung gegenüber der bisherigen Fürsorgeschöpfung, und es ist wichtig genug, gerade jetzt die Erfahrungen aus den Jahren 1919 bis 1924 sich in die Erinnerung zu rufen:

Die erste Siedlungsbewegung setzte auf breiter Linie ein und war von der Frontgeneration und älteren Siedlern getragen. Daß trotz aller Verstärkung noch wertvolle Siedlungsergebnisse im Volk vorhanden waren, zeigte sich in der zähen Arbeit und in dem starken Anlauf der Siedler. Es kam nur darauf an, die Energien richtig anzusetzen. Mit der Führung stand und fiel die Siedlung. Die Anforderungen an die Führung waren aber bei der isolierten Lage dieser Bewegung außerordentlich. Es war billiges Land zu beschaffen, zu verbessern und zum Ertrag zu bringen. Es waren Bauten, Brunnen, Wege anzulegen. Neben dem nötigsten Siedlungskredit war auf die Dauer der Arbeit für Unterkunft, Verpflegung, Geräte, Werkstoffe, Brennmaterial zu sorgen, und dann war weiter den Siedlern noch zusätzliche Arbeit und Absatz zu sichern. Ihre Arbeits- und Lebensgemeinschaft war dauerhaft zu begründen. Die Siedler hatten während der ganzen Zeit schwere körperliche Arbeit zu leisten. Alle Verhandlungen lagen auf dem Führer. Er mußte von vornherein zu den erforderlichen rechtlichen, wirtschaftlichen und technischen Maßnahmen Hilfestellung bekommen durch einen Freundeskreis, der ihm durch seine Werbung das Entgegenkommen einflussreicher Helfer — vor allem auch der einschlägigen Behörden — sicherte. Ohne dieses Sprungbrett war bei der Verflechtung unserer heutigen Geldwirtschaft für ein Unternehmen arbeitswilliger, aber vermögensloser Siedler nicht auszukommen. — An diesen Hilfen fehlte es, von wenigen Ausnahmen abgesehen, trotz aller Siedlungserfolge. Die breite Öffentlichkeit glaubte noch an den Industriestaat. Sie hatte noch wenig Verständnis für die erforderliche Umstellung der allgemeinen Wirtschaft. Die damaligen „Roth“verdiener waren für den Gedanken der kommenden Rotgemeinschaft noch nicht reif. Ohne die entgegenkommende Hilfe der Behörden war nichts zu wollen. Die Ortsbehörden aber waren zu zerplittert nach Reich, Ländern, Gemeinden, Verwaltungsbehörden, technischen Ämtern, Ober-, Mittel- und Unterinstanzen, um Zug zu helfen einzugreifen. Dazu weder verpflichtet noch befugt, um ohne höhere Weisung tatsächliche Sachhilfen zu geben. Mit behördlichen Ratsschlüssen und Vorschriften allein war den Siedlern herzlich wenig gedient. Unter den außerordentlichen Schwierigkeiten verlor die Führung zu bald die Zügel aus der Hand. Jeder Siedler suchte für seinen Teil durchzukommen; der Gemeinschaftsgebanke ging in die Brüche, damit auch die planmäßige Arbeit, die wirtschaftliche Arbeitsteilung und das Gefühl der Verbundenheit, der Wirtschafts- und Lebensgemeinschaft.

Siedlung in ihren verschiedensten Formen — von der vorstädtischen Siedlung bis zur reinen Landsiedlung — ist unausweichliche Gegenwartsaufgabe. Sie hat nicht allein ein wirtschaftliches Ziel, sondern auch ein staatsbürgerliches (Gemeinschaftsgeist, Volksdienst). Die Voraussetzungen für ihr Gelingen liegen nicht allein im Technischen und Wirtschaftlichen, sondern vor allem im Seelischen. Dies um so mehr, als heute der Einzelne, selbst der Tüchtige, nicht mehr durchkommt, sondern nur eine gleichgerichtete Gemeinschaft von Siedlern. Der deutschen Wesensart und Entwicklung nach kommt hierbei nur in Betracht, beim Einzelnen den Antrieb des Erfolges der In-

tiative, der Arbeitsfreude und Unternehmerlust zu pflegen, gleichzeitig aber, — um des gemeinsamen Weges und Zieles willen, schädliche Reibungen der Egoisterei bei dem gemeinsamen Anlauf auszuschalten. Das erfordert aber nach einer Periode individueller Entwicklung, um nicht zu sagen, wirtschaftlicher Selbstsucht, tiefgreifende Umstellung, „Erziehung zum Dienst“, neue Führer „zum Dienst“. Die ersten Siedlungserfolge 1919-24 ergaben also als wichtigste Voraussetzungen: planmäßige Vorbereitung, öffentliches Verständnis für die Siedlung, Unterstützung des Führers durch Öffentlichkeit und Behörden, klare Zusammenfassung und Anweisung der behördlichen Hilfen, Erziehung zum Dienst!

Jungfiedlung.

In der Siedlungspause 1925 bis 1931 entstand der Gedanke, Jungfiedler anzusetzen: zweite Bauernhöfe, Landarbeiter, weiterhin aber jugendliche Arbeitswillige aus der Industrie in die Landwirtschaft umzusiedeln. (Sigmundshof in der Paderborner Senne, — Winfridheim bei Bensberg). Nicht allein, weil die Erziehung zum Volksdienst in der Jugend schon beginnen mußte, sondern auch, weil die Älteren ihre sittliche Verantwortung fühlten, die Jungen nicht in der Arbeitslosigkeit einer stagnierenden Lage verkommen zu lassen. Umschulungsgruppen aus einer Auslese sittlich und geistig gesunder jugendlicher Arbeitswilliger, — Unterführer als erste Auslese aus den Gruppen, Führer als weitere Auslese aus den Unterführern, — das ist wohl die beste Lösung der Führerfrage.

Selbsthilfe, wenn alle anderen Hilfen versagen, ist Notwehr. Sich aus eigener Kraft durchsetzen, durchsetzen — dieser Antrieb ist wohl in Notzeiten bei Hunderten vorhanden, die nach Arbeit und Brot suchen. Er gewinnt aber erst greifbares Ziel, wenn sich der Führer findet, der die Einzelnen zur Gemeinschaft zusammenbringt und die Einzelnen im Geist der Rotgemeinschaft auf dem langen Weg zum Ziel zusammenhält. Es gibt in Deutschland allein etwa vier Millionen bedürftige Flächen von rd. 8,5 Millionen Hektar, 600 000 Hektar Dedlandsfläche, insbesondere Sandheiden, 5 Millionen Hektar Land, das für Umliegung zur wirtschaftlichen Verbesserung in Frage kommt. Arbeit die Fülle. Aber mit Gelingen allein ist nichts getan. Die alten Anschauungen und die alten Eigentumsverhältnisse fallen nicht zugunsten neuerer Anschauungen oder vermögensloser Siedler vor einigen neuen Paragraphen um. Solange immer nur ein Bedenken gegen das andere steht, führt nur der schöpferisch gestaltende Wille weiter. Für ihn lautet die Aufgabe von Fall zu Fall: nach dem Möglichen greifen, die nächstliegenden Hilfen suchen, das nächste Sprungbrett legen, über welches die Arbeitsenergien der Siedler ansetzen können. Man spricht heute bei allen Maßnahmen zuerst vom Geld, von öffentlichen Krediten. Und sofort rechnet dann jeder, wie er an diesem Kredit für seine Person verdient. Durch viele Mitverdiener werden die Kredite dann verplempert. Was heute not tut, ist Dienst an der Siedlung, nicht am Siedler: Dienst im Sinne fördernder Selbsthilfe. Die öffentlichen Geldzuschüsse sind heute so knapp, daß sie ohne viele Zwischenverdiener restlos an ihre eigentliche Aufgabe herangebracht werden müssen. Im übrigen muß die Siedlung möglichst bargeldlos, also mit Boden- und Sachhilfen in gegenseitiger Aufrechnung auszukommen suchen, um nicht Schulden zu machen, sondern unter tüchtigen Führern und Helfern möglichst bald Rente zu erdienen.

Carl Reuter.

Der Unsinn der Mehrheit.

Seit 1918 entscheidet über das Gesamtgeschick Deutschlands die „Mehrheit“. Der Artikel 56 der Weimarer Verfassung bestimmt, daß der Reichskanzler die Linie der Politik bestimmt. Da nun die Mehrheiten dem Wechsel unterworfen sind, ist die politische Linie ständigem Wechsel unterworfen oder aber eine sich ständig gleichbleibende Mehrheit garantierte die Stetigkeit der politischen Linie. Im letzteren Falle heißt das nichts anderes als das Diktat einer Mehrheit über eine ständig ausgeschaltete Minderheit. Eine ständig von der Mitverantwortung ausgeschaltete Minderheit, die faktisch niedergehalten wird oder sich niedergehalten fühlt, ist eine Gefahrenquelle für die Stetigkeit der politischen Linie. Die Ausschaltung der Möglichkeit eines Wechsels wiederum verleiht das demokratische Grundgesetz, nachdem alle Richtungen im Rahmen der bestehenden Gesetze den Kampf um die Macht führen können. Mit anderen Worten, es dreht sich alles im Kreise.

*) Diese Angaben sind der neuen Broschüre entnommen: „Landeskultur, Staat und Arbeit“, des Verbandes deutscher Landeskulturgemeinschaften G. m. b. H., Berlin SW. 11.

Und darin liegt letzten Endes die Quelle aller Halbheiten der letzten 10 Jahre. Jenseits der Parteien mag noch so sehr seine Unabhängigkeit von Parteien betonen, immer bleibt er gebunden an die Zahl. Die letzte Reichstagsitzung hat es wiederum bewiesen.

Um die Innehaltung der politischen Linie sicher zu stellen, muß der Kanzler sich seine Mehrheit erkaufen. Ob das durch Zusagen auf irgend einem anderen Gebiete geschieht, ob die Forderungen der Parteien im Einzelfalle auch noch so berechtigt und ihre Erfüllung vordringlich sein mögen, immer ist der Kanzler in seiner völlig freien Entscheidung gehemmt. In ruhigen Zeiten mag das wenig ausmachen. Da, wo es auf Tod und Leben geht, wird das Mehrheitsgesetz zur Plage. Die größten und schwerwiegendsten Hemmnisse unserer Tage kommen nicht in erster Linie aus dem Verhalten der Opposition, sondern aus dem Unsinn der Zahl. Ständig, was immer er auch anfangen mag, steht der Kanzler unter dem Druck der Zahl. Heute ist es die Wirtschaftspartei, morgen die SPD, die ihm das Gesetz des Handelns bis zu einem gewissen Grade vorschreibt. Die Toleranz muß erkaufte werden.

Das demokratische System, wie es sich in der Bedeutung und der Macht der einen oft recht fragwürdigen Mehrheit ausdrückt, mag gut sein in Zeiten der Stagnation, in denen große Entscheidungen über das Schicksal der Nation nicht zu treffen sind. An der Grenze zweier Welten, in den Tagen und Jahren, da Weltanschauungen miteinander um die Macht ringen, ist diese Art Demokratie das Wüstenlicht, was man sich denken kann.

Vermöchte sie unparteiisch zu bleiben, könnte man ihr vielleicht als geschichtliche Aufgabe die unterstellen, daß sie als ruhender Pol in der Erscheinung flucht die gleichmäßige Entwicklung und Kräfteentfaltung in den Lagern der beiden Weltanschauungen — Marxismus und Nationalismus — sicherzustellen habe.

Diese Aufgabe aber würde nur eine starke, in sich gefestigte Mitte mit einer ausgeprägten bürgerlichen Staatsidee übernehmen können, die aber wiederum nicht kampflös dazwischen stehen könnte, sondern aus der Pflicht zur Selbstbehauptung gegen die beiden Weltanschauungen zu kämpfen haben würde. Die Bildung einer solchen starken, die Stetigkeit der politischen Linie sicherstellenden Mitte ist heute unmöglich und da sie unmöglich ist, ist der eindeutige Beweis gegeben, daß es dem Bürgertum an der Kraft, am geschichtlichen Verstand zur Bildung einer Staatsidee fehlt.

Man wird sich der Tatsache nicht verschließen können, daß die Dinge in Deutschland so weit gediehen sind, daß es doch zum Austrag der Weltanschauungskämpfe kommen muß, bei denen es sich herausstellen wird, ob der Nationalismus oder der Marxismus die Oberhand behält und künftig die Linie der Politik bestimmt. Wir sind jetzt im Zwischenakt, den man nicht beliebig verlängern kann.

In der Geschichte eines Volkes spielen zehn oder zwanzig Jahre allerdings nur eine geringe Rolle. Das eben ist der schwere Fehler, der durch die „Mehrheit“ der letzten zehn Jahre gefahrenen Beschlüsse, daß sie nicht von jenem Staatsbewußtsein getragen waren, das auf lange Sicht vorausdenkt und -arbeitet, sondern den Schwierigkeiten des einen Tages mit halben Entscheidungen begegnet, so daß immer ein erheblicher Rest des Vortages sich zu den Schwierigkeiten des folgenden Tages gesellt. Bis es ein Aufschieben nicht mehr gibt.

Was ist der Staat heute der Wirtschaft (und zwar beiden Faktoren, der Arbeit und dem Kapital)? Mittel zum Zweck.

Die Staatstreue der Gewerkschaften einerseits und des Kapitals andererseits ist doch recht bedingt. Es möchte der Kanzler zum großen Wurf ansetzen, der zwar vom ganzen Volke noch unerhörte Opfer verlangt als heute, aber doch sichere Aussicht auf Erfolg böte — immer wird der eine Teil Vorleistungen vom anderen fordern und daneben noch parteipolitische Forderungen stellen!

Hier Pazifismus und Unterwürfigkeitsgesinnung, dort Friedensgesinnung unter Beanspruchung der Gleichberechtigung, dort der Gedanke an den Kampf um einen ausreichenden Lebensraum mit allen Mitteln.

Hier Freiheit auf allen Gebieten, die sich bis zur Kulturerziehung steigert und Entfaltung und Entgeistigung propagiert, dort Streben nach Vorherrschaft der Kirche, deren Gehirn im Auslandes sitzt, dort Forderung nach Pflege völkischgebundener Kultur.

Wo ist die einheitliche Linie? Schließlich ist das doch nicht Staatsbewußtsein oder die Manifestierung der Staatsidee, daß man sich zur republikanischen Staatsform bekennt, sondern jenes Erkennen eines in jedem Volke

von Generation zu Generation wirkenden Schöpfergedankens, der zur Reife gebracht werden will und darum mit Generationen rechnet und nicht mit dem stabilen Lohnzins und der staatlichen Subvention. So nötig das eine oder andere sein kann.

Wenn in einer Ehe über Erziehungsfragen grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten bestehen, dann kann diese Ehe niemals harmonisch sein, und die Kinder dieser Ehe werden niemals in sich gefestigte Menschen werden, die sich im Leben unter allen Umständen behaupten.

Ein Volk, das sich in den Grundfragen nicht einig ist, ist kein Staatsvolk, sondern wird immer nur einen Interessengruppen bilden, soviel man auch von Staatsstreue und Staatsbewußtsein und Staatsgesinnung redet.

Not, wenn sie richtig verstanden wird, birgt Segen in sich. In den Jahren des Aufstieges vor dem Kriege ging uns der Sinn des Lebens und die Erkenntnis des Schöpfergedankens, der im Schoß jedes Volkes liegt, verloren. Das ist die geschichtliche Schuld des Bürgertums.

Die Zeit der Not hat das Ringen um die Staatsidee, um die Erkenntnis der geschichtlichen Gesetzmäßigkeit vertieft. Mag man die Art des Kampfes und die Mittel, mit denen man ihn austrägt, zurückweisen, niemand wird bestreiten können, daß immer größere Kreise von diesem Ringen um die Idee gepackt werden. Parteien, die stagnieren, Parteien, die um die Erhaltung äußerer Machtpositionen kämpfen, lieben den Kampf nicht, der ihre Interessen gefährdet. Aber Kampf ist der Vater aller Dinge. Kampf ist die Quelle alles Seins. Ohne Kampf hätte das Leben seinen Sinn verloren.

Der Herrschaftsanspruch der Mehrheit entbehrt bis heute der logischen Begründung. Im Kampf der Geister, im Ringen der Weltanschauungen wird sie ihn zu begründen haben. Fürchtet sie für den Ausgang dieses Kampfes?

F. B. A.

Mit gutem Gewissen.

Von D. Reinhard Mumm, M. d. R.

Mit einem guten deutschen, mit einem guten evangelischen Gewissen haben wir dieser Tage den Sturz der Regierung Brüning verhindert.

Was wäre danach gekommen? Es ist offenes Geheimnis, daß die Rechtsradikalen, mit den Kommunisten zum Sturz der Regierung verbündet, untereinander völlig uneins waren, uneins schon über den Reichskanzler, der dann kommen sollte. Graf Reventlow hat in einem Zirkel bei der Rede von Professor Dr. Strathmann es klar gesagt, daß die Nationalsozialisten mit den Deutschnationalen nur beifalls Sturz der Regierung zusammengehen, nicht aber mit ihnen ein sozialpolitisches Programm befolgen. Die Nationalsozialisten wollen eine viel radikalere Sozialreform als Adolf Stöcker, die heutigen deutschnationalen Führer weichen nach der entgegengesetzten Richtung weit von Adolf Stöckers christlich-sozialer Politik ab: und da sollte man Vertrauen haben und die ganze Macht in die Hand dieser Männer legen, die nur in der Negation einig sind?

Wären sie zur Mitarbeit bereit: der Christlich-soziale Volksdienst wäre jeden Augenblick bereit, den wertvollen Kräften, die hinter der rechtsradikalen Front stehen, die Wege zu ebnen. Aber jede Mitarbeit wird ja abgelehnt. Nur der „Sturz des gegenwärtigen Systems“, nur die Übernahme der Macht, und zwar mit außerordentlichen Vollmachten, die der Reichspräsident zu geben nicht willens ist, kommt für die Rechtsradikalen in Frage. Und sind die Rechtsradikalen denn die Männer, denen man mit vollem Vertrauen die Geschichte des Vaterlandes anvertrauen kann? Ich kenne sie aus der Nähe. Und wer sie nicht kennt: kann jemand billigen, daß die Rechtsradikalen sich im 16. Ausschuß jeder Mitar-

beit zugunsten der Kriegsbeschädigten enthalten? Kann man es billigen, daß die Rechtsradikalen den Reichstag verließen, unmittelbar bevor es einen Angriff der Kommunisten, die eben bei der Abstimmung ihre Verbündeten waren, auf den Panzerkreuzer B zu verhindern galt? —

Nach dreißigjährigem Kampf im öffentlichen Leben bin ich zu dem Entschluß gekommen, jedesmal eine Regierung zu stürzen, wenn ich weiß, daß eine bessere danach kommt, und niemals eine Regierung zu stürzen, wenn ich nicht weiß, was danach kommt.

Ein Reichsministerium, das sechs evangelische und drei katholische Reichsminister hat, ein Ministerium, das den Kampf gegen die Tribute in den Mittelpunkt seiner ganzen Arbeit und in den Mittelpunkt des politischen Weltgeschehens gestellt hat, vermag ich nicht zu stürzen zugunsten einer radikalen Bewegung, die nicht einmal im Reichstag ausharrt, um den Ansturm der Linken gegen den Panzerkreuzer B abzuwehren.

Irztumsfähig bin ich wie jeder Mensch. Aber ich habe ein Recht, mich gegen die Vergeltung dieser oder jener Partei zu wenden, wie Verblendete sie in diesen Tagen üben, als sei nicht evangelisch und nicht deutsch, wer nicht in dieser oder jener Partei sei.

Einem ungewissen Abenteuer kann kein Verantwortungsbewußter das Deutsche Reich ausliefern. Hinter dem Wüßlingen einer rechtsradikalen Regierung stünde im kommenden Winter eine siegreiche bolschewistische Revolution. Und davor bewahre uns, lieber Herr Gott!

Und so trete ich mit gutem evangelischen und gutem deutschen Gewissen jeder Katastrophenpolitik entgegen.

Aus dem Ruhrkohlengebiet.

Noch immer dauert hier die Depression an, wenn auch in Hausbrandkohle etwas mehr Abnahme infolge des nahenden Winters spürbar ist. Die Halbenbestände haben sich wieder auf über 10 Millionen Tonnen vermehrt. Dabei häufen sich die Kohlendiebstähle, indem oft abends Hunderte von Menschen auf diesen Raub ausgehen und es ist nicht so, daß sie nur die Not ihres eigenen Herdes treibt, sondern es ist auch festgestellt, daß die Kohlen zentnerweise weggeschleppt wurden, um in Dortmund verkauft zu werden. Die betrübende Grubenkatastrophe auf Mont Cenis bei Serne gibt natürlich der kommunistischen Presse, die seit dem 20. d. Mts., nachdem alle Blätter bis auf eins verboten waren, nun wieder zahlreicher erscheint, Gelegenheit zur Anklage „wegen Antreibung, mangelnder Schutzvorrichtung, Bedingungslosigkeit“. Auch der Stahlwerksverband berichtet, „daß die ab 1. Juni in Verbin-

... fertige Mischungen
aus Kathreiner und
Bohnenkaffee gibt's nicht
zu kaufen ...

Gerade diese Mischung schmeckt
aber bekanntlich ganz besonders gut.
Also: einzeln kaufen, bitte, und selbst
mischen — es lohnt wirklich!

dung mit dem Deynhäuser Schiedsspruch ermäßigten Inlandspreise einen belebenden Einfluß auf die Marktlage nicht ausüben konnten, sondern daß der Rückgang sich fortsetzte und die Preise einen ungeahnt niedrigen Stand zeigten“. Wenn die Angaben der kommunistischen Presse stimmen, so „hat das Verbot derselben den Vormarsch dieser Partei nicht gelähmt, sondern angereizt, indem 8 neue Ortsgruppen im Unterbezirk Bielefeld und 4 im Bezirk Rheine, 2 in den Bezirken Duisburg und Recklinghausen gegründet und ein nach Hunderten zählender Zuwachs an Mitgliedern gemessen wurde“. St.

Das Ergebnis des Besuches.

Das Ergebnis der französisch-amerikanischen Verhandlungen — Berlin, 27. Oktober.

Die in vielen Ländern mit so großer Hoffnung begrüßte und in den Vereinigten Staaten festlich eröffnete Aussprache des französischen Ministerpräsidenten Laval mit dem amerikanischen Präsidenten Hoover ist mißlungen. Ihr Ergebnis ist eine neue Enttäuschung und ein allgemeines Mißbehagen. Daß die Konferenz im Weißen Hause keine Lösung der Tribut- und der Abrüstungsfrage gebracht hat, ist dabei noch nicht einmal das Entscheidende. Denn eine solche Lösung hätte nicht von Frankreich und Amerika diktiert werden können, sondern sie hätte immer internationale Bemühungen erfordert. Aber Washington ist auch nicht nur die Lösung schuldig geblieben, sondern hat selbst die Einleitung der Lösung nicht gebracht. Als Pierre Laval am Montag sich in New York wieder am Bord der „Isle de France“ begab, um in die Heimat zurückzukehren, da lagen die Dinge im wesentlichen so, wie sie sich bisher angeordnet hatten, nur daß jetzt die Trumpfkarte der französisch-amerikanischen Aussprache ausgespielt ist!

Für diejenigen unserer Zeitgenossen, die abergläubisch sind und noch heute, ähnlich wie die Alten in grauer Vorzeit aus dem Vogelflug, aus äußeren Begleiterscheinungen der Ereignisse kommende Dinge voraussagen, stand ein derartiger Ausgang der Verhandlungen allerdings bereits „fest“, als Pierre Laval sich anschickte, seinen Fuß auf amerikanischen Boden zu setzen. Denn da wurde der erste Amerikaner, dem er die Hand schüttelte, vom Schlage getroffen!

Das eigentliche Ergebnis der Besprechungen Hoovers und Lavals ist ein gemeinsames Communiqué, das verhältnismäßig farblos ist, dessen Redaktion aber trotzdem drei Stunden Zeit in Anspruch genommen hat. Gegenüber den ersten Mitteilungen französischer Journalisten über den Inhalt dieses Dokuments ist festzustellen, daß das Communiqué ganz so positiv, d. h. günstig für Frankreich, nicht ist, wie es in diesen Mitteilungen angekündigt worden war. Insbesondere ist keine Rede davon, daß nach dem Ablauf des Hoover-Freijahres am 1. Juli 1932 Deutschland die Tributzahlungen, wenn auch auf gesenktem Niveau, wiederaufnehmen muß. Das Communiqué beschränkt sich in dieser Frage vielmehr auf die sehr vorsichtige Feststellung:

„Sinnfälligerweise zwischen den Regierungen bestehenden Verpflichtungen erkennen wir an, daß vor Ablauf des Hoover-Moratoriums irrend ein Abkommen darüber notwendig sein dürfte, durch das die Periode geschäftlicher Depression überbrückt wird, über dessen Einzelheiten und Bedingungen jedoch die beiden Regierungen alle Vorbehalte machen. Die Initiative hierfür sollte baldigst von den europäischen Mächten ergriffen werden, die im Rahmen der vor dem 1. Juli 1931 bestehenden Abkommen hauptsächlich daran beteiligt sind.“

Das ist, wie gesagt, sehr vorsichtig formuliert und greift in nichts der Entscheidung vor. Bedeutend an diesem Passus ist, daß hier von den europäischen Mächten die Rede ist; und das heißt doch wohl, daß der nächste Schritt zur Lösung der Tributfrage nicht von Deutschland allein erwartet wird, sondern von den hauptsächlich beteiligten europäischen Regierungen. Ferner ergibt sich aus der obigen Erklärung, daß darüber, wie diese Regelung aussehen soll, in Washington keine Entscheidung gefallen ist, vielmehr haben beide Regierungen ihren Standpunkt aufrecht erhalten, und damit sind alle Vorkehrungen getroffen, um zu verhindern, daß

Hans Hörbiger

(† 12. Oktober.)

Vor wenigen Tagen ist in Mauer bei Wien als Einundsiebenzigjähriger ein seltener Mann heimgegangen. Der Ingenieur Hans Hörbiger, der Begründer der Welteislehre, war ein Selbstdenker von eigenem Format, der in der Gegenwart kaum seinesgleichen hat. Raftlos tätig in seinem Beruf, hat er nebenbei als Privatgelehrter viele Nachtstunden durch lange Jahre hindurch zur Lösung schwieriger Fragen der Astrophysik und der Weltentstehung benutzt und ist als ein genialer Forscher mit staunenswerthem Wissen weit über die Kreise der Technik hinaus bekannt geworden. Wiederholt hatte ich mit ihm in Briefwechsel gestanden, auch Aufsätze über seine Lehre veröffentlicht, als mir im Spätherbst 1925 die Freude wurde, der religiös-weltphysikalischen Ingenieur aus Österreichs Hauptstadt als lieben Gast in meinem Hause begrüßen zu können und persönlich kennen zu lernen.

Hans Hörbiger besaß etwas Imponierendes schon in seinem Äußeren. Eine kraftvolle Gestalt, nach Art der Südtiroler Bauern mit langem weißen Bart und feurigen Augen, in denen eine ausgesprochene Mystik lag, mutete er wie eine Prophetenerrscheinung an, eine Art Patriarch. Eine harte Schule des Lebens hatte er durchlaufen müssen, bis es ihm geglückt war, durch bahnbrechende Erfindungen, vor allem durch sein reibungsloses, massenloses, selbsttätiges Ventil, eine gesicherte, in der gesamten Ingenieurwelt voll anerkannte Stellung sich zu erringen. Allein Kämpfe und Schwierigkeiten gab es für ihn noch wie vor noch genug, nur in anderer Hinsicht. Die Welteislehre, der zufolge neue Welten noch jetzt aus dem ewigen Gegenatz zwischen Gut und Böse geboren werden und das Weltall nicht mit hypothetischem Äther, sondern feinsten Eiskristallen ausgefüllt ist, brachten ihm unruhige Tage und scharfe wissenschaftliche Gegner. Er erzählte mir, wie er einmal auf der Reise in Prag aufs Geratewohl eine Vorlesung besuchte. Im Auditorium hörte er, wie

der Professor gerade die Welteislehre eines gewissen Hörbiger besprach, sie als völlig irrig abwies und in Grund und Boden donnerte. Als am Schluß der Vorlesung der Ingenieur sich meldete, hat es eine seltsame Bewegung in den Reihen ausgelöst. Hörbiger betrachtete seine Lehre, die eine große Literatur hervorgerufen hat, als eine ihm von Gott geschenkte Ergebung und Offenbarung, denn niemand könne aus sich selber zu solchen Problemen der wahren „Weltgeschichte“ aufsteigen wollen. Es wäre das eine Vermessenheit, meinte er. Nichts desto weniger empfand er auch seine Aufgabe als eine Last. Offensichtlich litt er stark unter den vielen Kämpfen, in die er fort und fort verwickelt wurde, wenngleich er auch zahlreiche begeisterte Anhänger und Freunde besaß, besonders, wohl ausnahmslos, unter den Berufsgeoffenen. Außerordentlich wohlthuend wirkte bei Hans Hörbiger das echt deutsche, das christlich fromme Gemüt. Die Labyrinthgänge des Zweifels und Unglaubens waren vor Jahren auch ihm nicht fremd geblieben. Als seine Mutter durch den Tod ihm genommen wurde, fühlte er in sich eine bange trostlose Leere. Er hat später sich wieder zurechtgefunden. Das „akademische Seidentum“ galt ihm als Irrtum, zu dem die Naturwissenschaften keinen Anlaß bieten, und als Übel, denn es nimmt den Menschen das höchste Glück und die edelste Würde. Hörbiger kannte die Bibel. Er war in den Psalmen, in den Propheten zu Hause und wenig bekannte, aber markante Stellen waren ihm geläufig. Gern bezog er sich auf die Offenbarung Johannis, deren bisweilen dunkle Worte er mit seinen Theorien zu erhellen suchte. Geradezu frapperend beleuchtete er so einige Stellen, z. B. das gläserne Meer, Offenbarung 4, 6; 15, 2. Des Ingenieurs Christentum trug den Stempel werktätigen, sich in der Nächstenliebe erweisenden Christentums. Es wäre ihm schimpflich gewesen, christlich zu reden und nicht christlich zu handeln. Wenn ich nicht irre, sprach er von Bodelschwingh und seinen Bestrebungen mit großer Wärme. Daß die Eltern dem Sohne den Namen des Lieblingsjüngers Jesu gegeben hatten, war Hörbiger ein Anlaß zur Freude und blieb ihm ein steter Ansporn.

Der kühne Forscher auf schwierigstem Gebiet enttarnte einem Diasporapfarrhaus. Wenn berühmte Namen aufgezählt werden, die zum evangelischen Pfarrhaus in naher Beziehung stehen, so muß man unbedingt ihnen den Namen Hörbiger zugesellen, unbekümmert darum, ob seine Lehren in allen Punkten unbedingt als einwandfrei richtig sich erweisen. — Georg Neger (Wurzen).

Bundesturntag des Westbundes-Eichenkreuzes

Auf dem in diesem Monat abgehaltenen Bundesturntag des Westbundes-Eichenkreuzes in Barmen auf der Bundeshöhe, zu der 80 Gauvertreter aus allen Gebieten Westdeutschlands erschienen waren, wurden Beschlüsse von weittragender Bedeutung für die Eichenkreuzarbeit im Westbundes Jungmännerbund gefaßt. Die von einem Gau beantragte Wiedereinführung der Handball-Eichenkreuzmeisterschaften wurde abgelehnt, dagegen aber vom Bundesturntag beschlossen, das Handballspiel als Winterpiel mit den geltenden Einheitsregeln bestehen zu lassen. Weiter wurde die Verkürzung der Handballperiode zum Beschluß erhoben und gilt diese für 1932 vom 15. Mai bis 30. August (bisher vom 1. Mai bis 30. September). Der Bundesturntag beschloß ferner die Einführung eines einheitlichen Spielerausweises und die Leistungsprüfung für die Spielberechtigten künftig nur einmal im Jahre ablegen zu lassen. Mit der Durchführung dieser Beschlüsse wurde der Bundesturntag beauftragt. Wie im Winterhalbjahr 1930 bis 1931 so werden auch 1931 bis 1932 die Wochenendlehrgänge in den beiden Bundesturnschulen durchgeführt werden. Für Geräte- und Volksturner wird ein einheitlicher Übungsplan für das gesamte Bundesgebiet herausgegeben. Im Blick auf den 2. Pfingsten 1932 geplanten 2. Deutschen Eichenkreuzturntag sind die Wettkampfübungen in diesem Gesamtübungsplan enthalten. Die Bundes-eichenkreuzmeisterschaften im Schlag- und Faustballspiel sollen am 23. und 24. Juli 1932 in Gladbeck stattfinden.

Frankreich aus diesem Communiqué eine neue Anerkennung des Youngplans herausliest.

Im übrigen behandelt die gemeinsame französisch-amerikanische Mitteilung noch die Abrüstungsfrage, die aber gleichfalls ihrer Lösung keinen Schritt entgegengeführt ist, und die Notwendigkeit der Beibehaltung des Goldstandards. Die Zusammenarbeit in der Aufrechterhaltung des Goldstandards, über die man sich offenbar weitgehend einig geworden ist, kann aber im besten Falle nur neues Unheil verhüten, einen neuen Aufschwung hat die Weltwirtschaft davon nicht zu erhoffen.

Eine sehr bedeutsame Entscheidung ist in Washington aber doch gefallen: Der neue Versuch der französischen Regierung, die Vereinigten Staaten zur Garantie der französischen Sicherheit zu bestimmen, ist vollständig gescheitert! Wie Senator Borah es unter der Zustimmung seines Landes drastisch dargelegt hat, denken die Vereinigten Staaten nicht daran, Frankreichs Diktat zu verewigen und seine „Rechte“ zu garantieren, sondern auch Washington ist der Ansicht, daß der Friede nur dadurch gesichert werden kann, daß er — wie es am Sonntag auch Mussolini in Neapel be-

tonste — mit den Grundsätzen der Gerechtigkeit in Einklang gebracht wird!

Und das ist immerhin eine begrüßenswerte Entscheidung, wenngleich sie uns im Kampf gegen die furchtbare Wirtschaftsnot keinen Zentimeter vorwärtsbringt. Andererseits ist so aber auch ein Rückfall vermieden worden. Wenn jetzt, dreizehn Jahre nach dem ersten französischen Versuch, auch der zweite Vorstoß Frankreichs in Richtung einer Einspannung der Vereinigten Staaten für französische Sicherheitsinteressen nur Ablagen gebracht hat, dann sollte damit die Lust es zum dritten Mal damit zu versuchen, eigentlich vergangen sein. „Rien a faire ici“ soll Laual gelagt haben, d. h., es sei in Amerika nichts zu machen, als ihm die Einstellung der führenden Männer offenbar wurde. Nun, wenn dieses Wort gefallen ist, dann ist es das Bankrott-Eingeständnis der Politik des Versailles Systems! Wie lange soll die Welt noch warten, bis endlich die Konsequenzen gezogen werden und der einzige Weg beschritten wird, der zum Frieden führen kann, nämlich der Weg der Revision?

Hooverschritt teilnahm, und daß es in Zukunft wieder in seiner früheren Isolierung verharren werde.

Aus dem Ablußcommuniqué gehe gerade das Gegenteil hervor, wenn es heiße, daß ein Weg für eine Hilfsaktion bei den Regierungen (der französischen und amerikanischen) gesucht werden müsse.

Es sei ferner auch vor allem durch den Ausgang der Konferenz kaum Veranlassung dazu, daß Deutschland jetzt von sich aus die Initiative ergreife, um ein Moratorium zu erklären.

Man ist vielmehr in zuständigen Kreisen der Ansicht, daß der Inhalt der Washingtoner Verlautbarung die Gesamtheit der Gläubiger und Schuldnationen vor die Aufgabe stelle, unter sich die Frage zu regeln, was jetzt zu tun sei. Diese Frage sei nicht eine Angelegenheit, die nur Deutschland und Frankreich allein angehe, sondern ein allgemeines internationales Problem. Der Besuch Lauals in Washington habe den Rahmen geschaffen für eine weitere Beschäftigung der Amerikaner mit europäischen Angelegenheiten, einen Rahmen, der erst später mit Einzelheiten ausgefüllt werden könne.

Feststellen sei von deutscher Seite noch, daß der französische Ministerpräsident in Amerika nicht eine Anerkennung des französischen Sicherheitsstandpunktes durch Hoover erreicht habe.

Hindenburg empfängt Grandi.

Fortsetzung der politischen Besprechungen mit dem Kanzler.

— Berlin, 27. Oktober.

Der italienische Minister des Auswärtigen Grandi stattete dem Reichspräsidenten einen Besuch ab. Vor dem Präsidentenpalais hatte eine Abteilung Schutzpolizei Aufstellung genommen. Die Anfahrts des Botschafters wurde von einer größeren Menschenmenge beobachtet. Während der Doppelposten vor dem Präsidentenpalais präsentierte, begab sich Minister Grandi, begleitet vom Botschafter Orsini Baroni und dem deutschen Legationsrat Thomsen in das Haus. Die Unterredung Grandis mit Hindenburg dauerte etwa 30 Minuten. Am dem Empfang nahm auch der Staatssekretär Dr. Meißner teil. Nach der Audienz stellte sich Grandi den Kammerleuten, worauf er, von der Zuschauermenge mit dem Fackelzug begrüßt, die Rückfahrt in das Hotel antrat.

In den Mittagsstunden holte Reichskanzler Dr. Brüning seinen Gast zu einer Fahrt nach Potsdam ab. In weiteren Kraftwagen folgten Frau Grandi und Frau von Schubert sowie das italienische Gefolge und die deutschen offiziellen Vertreter. Nach der Rückkehr von Potsdam und Sanssouci nach Berlin legten der Reichskanzler und Minister Grandi die am Sonntag begonnenen politischen Besprechungen fort.

Noch vor dem Empfang im Präsidentenpalais hatte Minister Grandi die Vertreter der Presse zu sich geladen. Grandi bekannte sich als ehemaliger Journalist und bat aufs herzlichste, dem deutschen Volke seinen Dank für die Aufnahme in der Reichshauptstadt zu übermitteln.

Es ist für mich eine große Freude — so fuhr Minister Grandi fort — nach Berlin gekommen zu sein. Dieser Besuch fügt sich in den Rahmen des Gedankenaustausches zwischen Staatsmännern ein, der zuerst in Europa seinen Anfang genommen hat und außerhalb Europas fortgesetzt wird. Sie haben bereits vielversprechende Ergebnisse gezeigt und lassen noch größere erwarten.

Die Reise, die der Kanzler und der Außenminister nach Rom machten, hat bei der italienischen Regierung und dem italienischen Volke den wärmsten Eindruck hinterlassen und die Herzlichkeit der dabei geführten Unterredungen ist und bleibt ein Pfand für eine

immer herzlichere Zusammenarbeit zwischen Italien und Deutschland.

Diese Zusammenarbeit ist ein unerlässlich wichtiges und glückliches Element für die Zusammenarbeit aller Staaten und Völker. Die gegenwärtige politische und ökonomische Lage verlangt die ernsteste Aufmerksamkeit und die größte Bereitwilligkeit zur Überwindung der allgemeinen Krise für die Wiederherstellung des Vertrauens zwischen den Völkern und des Vertrauens der Völker in sich selbst. Der Chef der italienischen Regierung hat wiederholt diese Auffassung bestätigt und betont, daß der Wiederaufbau Deutschlands als

eines der wichtigsten Elemente für den Wiederaufbau Europas und der ganzen Welt angesehen werden muß.

Diese klaren Direktiven der italienischen Politik rühren nicht von heute her, da seit vielen Jahren der Chef der italienischen Regierung auf die Notwendigkeit hingewiesen hat, den aus dem Weltkonflikt herrührenden Seelenzustand zu überwinden und sich auf eine intimere und vertrauensvollere Zusammenarbeit vorzubereiten. In seinem Augenblick, wie in den heutigen unversessenen Schwierigkeiten war diese Notwendigkeit dringender.

Gestern hatte ich das Vergnügen, mich lange mit dem Reichskanzler zu unterhalten, und zu meiner Freude habe ich wieder unsere Übereinstimmung über diese Zusammenarbeit feststellen können. Alles was Deutschland in diesen letzten Monaten dazu getan hat, um in sich selbst die zur Überwindung der Krise notwendige Kraft zu finden, ist

ein Beweis der Lebensfähigkeit und der moralischen Kräfte des deutschen Volkes, das mit ruhigem Optimismus seiner Zukunft entgegensehen kann.

Die kurze Zeit, die ich hier verbracht habe, genügt, um mir zu beweisen, daß das Vertrauen, das die Welt in die Arbeitsamkeit, Disziplin und den Patriotismus dieses großen Volkes setzt, vollaus berechtigt ist und ebenso das Interesse das alle haben, diese Anstrengungen zu unterstützen.

Die nächsten Aufgaben.

Das jetzt kommende Jahr steht vor weitgehenden und schwierigen Aufgaben, deren Lösung die ganze Welt gespannt erwartet und die wir alle auf die beste Weise herbeiführen müssen.

Vor allem sind das Problem der Rüstungen und die Lösungen, die ihm in der nächsten allgemeinen Abrüstungskonferenz gegeben werden können, die Hauptaufgaben der Anstrengung, die unsere Zivilisation leisten muß, um sich selbst zu retten und unseren Kindern eine gedeihliche und friedliche Zukunft zu bereiten. In diesem Problem, wie in den anderen, nicht weniger wichtigen und dringenden der finanziellen Verpflichtungen, die sich aus dem Kriege ergeben haben, ist der Gedanke der italienischen Regierung zu bekannt, um ihn noch einmal zu wiederholen. Die dem Gedanken und dieser Haltung beabsichtigt die italienische Regierung treu zu bleiben.

Ich gebe mich jetzt zu Seiner Exz. dem Feldmarschall von Hindenburg, dem deutschen Reichspräsidenten, um ihm den Gruß der Regierung des Königs von Italien und meine persönliche Huldigung zu überbringen. Die Hochachtung und Ehrerbietung, die seine hervorragende historische Persönlichkeit der ganzen Welt abfordert, machen mir als Soldaten und Frontkämpfer diese Gelegenheit in ihm auch das tapferste deutsche Volk begrüßen zu dürfen, dessen Gast ich die Ehre habe, in diesen Tagen zu sein, besonders ehrenvoll.

Weg ebnen für eine Hilfsaktion seitens unserer beiden Regierungen.

Ferner liegt eine Erklärung vor, nach der Präsident Hoover die Revision des polnischen Korridors nicht gefordert hat. Von einer Senator Borah nachstehenden Seite verlaute, die Senatoren Borah und Reed hätten mit Laual in einstündiger Besprechung die Frage des polnischen Korridors erörtert. Eine Einigung habe sich jedoch nicht herbeiführen lassen. Laual habe als Vorbedingung für eine solche Diskussion genügende Sicherungen für den europäischen Frieden verlangt. Senator Borah dagegen habe erneut jede Garantierung des status quo abgelehnt.

Der Eindruck in Berlin.

Seine Zurückziehung der Vereinigten Staaten von Europa. In Berliner zuständigen Kreisen wird zu dem Abschluß der Beratungen zwischen Hoover und Laual erklärt, daß es durchaus an den Tatsachen vorbeigehe, wenn jetzt festgelegt werde, die Washingtoner Aussprache habe mit einem deutlichen Mißerfolg geendet.

Vor allen Dingen sei es falsch, zu behaupten, Amerika habe deutlich am Ende der Aussprache zu verstehen gegeben, daß, nachdem eine positive Einigung mit Laual nicht zustande kam, es sich künftig aus den europäischen Angelegenheiten wieder zurückziehe, an denen es seit dem ersten

„Planvolle Zusammenarbeit.“

Das Ergebnis der deutsch-italienischen Aussprache.

— Berlin, 27. Oktober.

Nach Abschluß der politischen Besprechungen des Reichskanzlers mit dem italienischen Minister des Auswärtigen Grandi wurde folgende Mitteilung herausgegeben:

„Anlässlich der Anwesenheit des italienischen Außenministers Grandi in Berlin haben zwischen ihm und dem Reichskanzler eingehende politische Besprechungen stattgefunden. Anknüpfend an den freiwilligen Gedankenaustausch, den der Reichskanzler bei seinem Besuch in Rom mit dem Chef der italienischen Regierung vornehmen konnte, wurden in diesen Besprechungen alle die großen politischen und wirtschaftlichen Probleme internationaler Art einer Erörterung unterzogen, deren Lösung von Tag zu Tag dringlicher wird.“

Bei der Aussprache, die mit vollster Offenheit und in freundschaftlichster Gesinnung geführt wurde, ergab sich weitgehende Übereinstimmung in der Beurteilung der Lage und der Notwendigkeiten, die sich aus ihr ergeben. Insbesondere kam auf beiden Seiten die Überzeugung zum Ausdruck, daß die wirksame Bekämpfung einer Krise, wie sie heute die Welt erschüttert, ohne eine planvolle Zusammenarbeit der beteiligten Nationen nicht mehr möglich ist und daß diese Zusammenarbeit, wenn sie zum Erfolge führen soll, auf gegenseitigem Vertrauen und gegenseitiger Achtung gegründet sein muß.“

Parlamentswahl in England.

Das Ergebnis der Abstimmung für Mittwoch zu erwarten.

— London, 27. Oktober.

Am heutigen Dienstag wird in England das Parlament neu gewählt. Die Wahlzeit endet gegen 9 Uhr abends. Das ungefähre Ergebnis der Wahlen ist für Mittwoch zu erwarten. Die Wahl geht mit allem Zeremoniell vor sich. So dürfen beispielsweise die Truppen, die in einem Umkreis von zwei englischen Meilen vom Wahllokal entfernt stationiert sind, ihre Kasernen nicht verlassen, es sei denn, um selber wählen zu gehen, eine Vorchrift, die noch aus einer Zeit stammt, da man befürchtete, das stehende Heer könnte mit Gewalt auf die Abstimmenden einwirken.

Von dem vielgerühmten englischen Zwei-Parteien-System ist bei den jetzigen Wahlen nichts zu verspüren. Bekämpfen sich doch neben drei liberalen Gruppen drei Arbeiterparteien: die Nationale Arbeiterpartei Macdonalds, die Unabhängige Arbeiterpartei und die Alte Arbeiterpartei selbst, ferner Kommunisten, die Neue Partei Mosleys und selbständige Kandidaten und schließlich die konservative Partei, die von der Spaltungssepidemie verschont blieb und aus diesem Grunde mit besseren Chancen in den Kampf zieht als die anderen.

Prognosen über den Ausgang eines so komplizierten Wahlsfeldzuges zu stellen, ist selbst den in diesen Dingen lebenden englischen Politikern kaum möglich. Man konzentriert in London das Hauptinteresse auf die Frage, ob Premierminister Macdonald in seinem allangestammten Wahlkreis Seaham durchkommen wird oder nicht. Vieles hängt davon ab: ein Sieg Macdonalds in Seaham würde seinem Ansehen ungeheuer nützen, eine Niederlage es zweifelhaft machen, ob er Regierungschef bleibt.

Die Bezirksorganisation Seaham der Labour-Party hat es, auch nach dem Macdonald von ihr gesprochen hatte, abgelehnt ihn wiederaufzustellen. Er kandidiert als Vertreter der von ihm geschaffenen Nationalen Arbeiterpartei. Macdonald rechnet vor allem mit den Frauen, deren Sympathie er gewiß ist: Sie sind auch eine loyale, laute, fleißige, als er zuletzt in Seaham weilte, um sich der Bezirksorganisation zu stellen.

Das Wahlergebnis in Anhalt.

In allen Kreisstädten bürgerliche Mehrheiten erzielt.

— Dessau, 27. Oktober.

Die Kommunalwahlen in Anhalt sind gekennzeichnet dadurch, daß in allen Kreisstädten bürgerliche Mehrheiten zustande gekommen sind. In einigen Städten hielten sich bisher die Parteien die Waage, so in Bernburg und Jerbst. In Dessau, wo die Demokraten bisher den Ausschlag gegeben haben, ist die bisherige Mehrheit, die von Sozialdemokraten, Kommunisten und Demokraten gebildet wurde, gebrochen. Bemerkenswert ist, daß gegenüber der Reichstagswahl von 1930 die Sozialdemokraten durchweg starke Verluste erlitten haben. Die Staatspartei ist in den Kreistagen überhaupt nicht mehr und von den fünf Kreisstädten nur noch in Köthen vertreten. Gegenüber der letzten Reichstagswahl haben die Kommunisten mit Ausnahme von Dessau überall um 1000 Stimmen und darüber zugenommen. Die stärksten Verluste erlitten die Sozialdemokraten in Kreis und Stadt Dessau. Die Nationalsozialisten, die zum ersten Male mit eigenen Listen auftraten, haben ihren Erfolg zum größten Teil auf Kosten der bürgerlichen Parteien errungen. So haben die Deutschen, die bisher in Dessau mit fünf Sitzen vertreten waren, keinen einzigen Sitz mehr erhalten. Die Volkspartei

Europäische Initiative?

Die einzige Möglichkeit — Französisch-amerikanische Communiqué.

— Washington, 27. Oktober.

Die französisch-amerikanischen Besprechungen fanden ihren Abschluß mit der Veröffentlichung eines gemeinsamen Communiqué. Der wichtigste Teil dieser Mitteilung lautet:

Die traditionelle Freundschaft zwischen Amerika und Frankreich macht eine Zusammenarbeit zwischen den beiden Regierungen besonders geeignet in dieser Weltdepression. Wir haben sowohl die wirtschaftliche Weltlage erörtert wie die sie beeinflussenden politischen Beziehungen sowie die bevorstehende Abrüstungskonferenz, den Einfluß der Depression auf die internationalen Regierungsschulen, die Stabilisation der internationalen Währungen und andere finanzielle und wirtschaftliche Fragen.

Wir hatten nicht die Absicht, Bindungen einzugehen, sondern haben durch die Diskussion die Natur jedes Problems klarer fixiert, so daß jede der beiden Regierungen von sich aus besser in ihrem Gebiet helfen kann. Wir hoffen, daß die Abrüstungskonferenz den Frieden auf fester realer Grundlage organisieren wird. Bezüglich der internationalen Schulden erkennen wir an, daß vor Ablauf des Hoover-Moratoriums eine Verabredung getroffen werden muß, welche sich auf die Periode der Depression bezieht. Einzelheiten behalten wir uns vollständig vor. Die Initiative sollte jedenfalls bald von den europäischen Mächten ergriffen werden, die mit den Abkommen, welche vor dem 1. Juli 1931 geschlossen wurden, hauptsächlich zu tun haben.

Wir halten die Währungsstabilität für sehr wichtig und insbesondere die

Erhaltung des Goldstandards in Amerika und Frankreich.

Diese Frage werden wir weiter studieren. Unsere Ansichten bezüglich der finanziellen und wirtschaftlichen Probleme stimmen überein, und diese Übereinstimmung dürfte den

Gurgeln Sie mal im Konzert!

?? - Natürlich trocken -

mit

Wagner

RM. 1,-

und -50

das ist angenehmer

und geht überall!

Ist von sechs auf zwei Sitze zurückgegangen. Mehrheit steht es im übrigen Lande. Ein großer Teil der bürgerlichen Stimmen ging durch Zersplitterung verloren.

Die fünf Kreistage

des Landes haben folgende Zusammensetzung: Dessau: Sozialdemokraten 7 Mandate (bisher 9), Nationaler Block 2 (8), Staatspartei 0 (2), Kommunisten 3 (1), Nationalsozialisten 8 (0). Bernburg: Sozialdemokraten 7 (8), Volksgemeinschaft 3 (8), Kommunisten 4 (3), Staatspartei 0 (1), Nationalsozialisten 6 (0). Köthen: Sozialdemokraten 6, Bürgerliche Einheitsliste 2, Kommunisten 2, Nationalsozialisten 6. Saxe: Zerst. Bürgerliche Arbeitsgemeinschaft 2, Sozialdemokraten 5, Kommunisten 2, Nationalsozialisten 7. Ballenstedt: Sozialdemokraten 4, Nationalsozialisten 4, Kommunisten 2, Nationale Einheitsliste 2.

Sparerkongress in Darmstadt.

Entscheidung zur Neuordnung der Hauszinssteuer.

Im Darmstadt tagte der 2. Deutsche Sparer- und Wirtschaftskongress. Unter Ablehnung der Erhebung der Hauszinssteuer durch eine Staatshypothek fordert der Kongress einen gerechten Ausgleich zwischen den Interessen der Hypothekengläubiger, Sparer, Hausbesitzer und Mieter unter Berücksichtigung der finanziellen Bedürfnisse der Länder und Gemeinden. Der Kongress beauftragte seine Führer, den Kampf in diesem Sinne energisch fortzusetzen und die Verhandlungen mit der Regierung und den verschiedenen Verbänden weiterzuführen. Der Sparerkongress wandte sich in einer weiteren Entscheidung gegen jede inflationistische Maßnahme.

Weitere Matrosen-Urteile.

Gefängnisstrafen bis zu drei Monaten verhängt.

Von den 12 Angeklagten des Hamburger Dampfers „Unita Ruß“ wurden der Koch und der Messerjunge im Holtenauer Votzenhaus freigesprochen, da sie die Arbeit erst unter dem Druck der Kommandos niedergelegt hatten. Ein Heizer wurde zu vier Monaten, drei Angeklagte zu je drei Monaten und die übrigen sechs zu je einem Monat Gefängnis verurteilt. — Von dem Hamburger Dampfer „Alte Ruß“ wurden ein Mann zu drei Monaten, zwei Mann zu je zwei Monaten und drei zu je einem Monat Gefängnis verurteilt. Die Verurteilten wurden wiederum sofort dem Gefängnis zugeführt.

Die Meuterei in Odesa.

Der „Times“-Korrespondent in Konstantinopel meldet: Der deutsche Frachtdampfer „Askania“ und die beiden deutschen Tanker „Vascapa“ und „Julius Schindler“ sind hier auf der Heimfahrt eingetroffen. Während die „Askania“ im Hafen von Odesa Ladung einnahm, meuterten sieben Mann der Besatzung und suchten die übrigen Seeleute unter Bedrohung mit Revolvern zur Teilnahme zu veranlassen.

Der Kapitän wurde, als er einzugreifen versuchte, durch vier Revolverkugeln verwundet. Bei der Abfahrt der drei Schiffe blieben 34 Meuterer in Rußland zurück.

Polizeiwachmeister erschossen.

Das Volkshaus geschlossen.

— Gelsenkirchen, 27. Oktober.

Als kurz nach Mitternacht zwei Polizeibeamte gegen eine Gruppe von zehn Männern einschritten, die kommunistische Lieder sangen, wurden die Beamten beschimpft. Bei der Feststellung der Personalien sprangen die Kommunisten plötzlich zurück und feuerten unter den Rufen „Heil Moskau“, „Rot Front“ auf die Beamten. Polizeiwachmeister Niederwieser erhielt mehrere Schüsse. Nach seiner Einlieferung in das Krankenhaus ist er gestorben. Das Volkshaus wurde polizeilich geschlossen. 40 Personen sind festgenommen worden. Der Regierungspräsident hat 3000 Mark für die Feststellung der Täter zur Verfügung gestellt.

700 Jahre Ordensland Preußen.

Machtvolle Kundgebung der heimattreuen Verbände.

Zum Gedenken an die im Jahre 1231 durch den deutschen Ritterorden begonnene Wiedergewinnung des uralten germanischen Landes zwischen Weichsel und Memel für das deutsche Volk veranstaltete der rund 450 Vereine mit über 200 000 altpreussischen Landsleuten im Reich umfassende Reichsverband der heimattreuen Ost- und Westpreußen in Berlin eine machtvolle Kundgebung. Vertreten war auch das Wehrkreiskommando I Königsberg, das 60 Mann der zur Zeit in Berlin stationierten Wachtompagnie des 2. Infanterieregimentes entsandt hatte. Der Reichspräsident hatte ein Beauftragungsschreiben gesandt. Die Veranstaltung be-

gann mit einem Fahneneinhmarsch. Auf der Bühne, wo das Rednerpult von zwei Ordensrittern im Kettenpanzer, den weißen Ordensmantel über der Schulter, flankiert war, bot die Trachtenarbeitsgemeinschaft eine farbenprächtige Trachtenschau. Universitätsprofessor Dr. Gerhard Kehler-Weipzig hielt die Festrede. Die Schlussansprache hielt Oberregierungsrat Hoffmann. Als Quelle allen Unheils bezeichnete er unter brausender Zustimmung den Weichselforridor.

Graf Helldorf vor Gericht.

Wegen der Zwischenfälle am jüdischen Neujahrstag.

Unter starkem Andrang des Publikums begann vor dem Schöffengericht Charlottenburg mit einer kleinen Verspätung der zweite Prozeß, der den Unruhen auf dem Kurfürstendamm am jüdischen Neujahrstag zum Gegenstand hat.

Angeklagt sind der oberste SA-Führer für Berlin und die Mark Brandenburg, Graf von Helldorf, sein Stabschef, der Angestellte Karl Ernst, der Jungstahlhelmführer Diplomingenieur Wilhelm Brandt und der Stahlhelmer Kurt Schulz wegen Rädelsführerschaft beim schweren Landfriedensbruch und Aufreizung zum Klassenkampf. Vier weitere Nationalsozialisten, die nachträglich unter Anklage gestellt worden sind, haben sich wegen einfachen Landfriedensbruchs zu verantworten.

Graf Helldorf und Ernst sagten aus, die leitenden Stellen der SA hätten nicht zur Demonstration aufgerufen. Er selbst habe von den Vorgängen erst anlässlich einer Kontrollfahrt erfahren und dann die Nationalsozialisten aufgefordert, nach Hause zu gehen.

Letzte Meldungen.

Keine Isolierung Washingtons in der Schuldenfrage.

— Berlin, 27. Oktober. Zur Frage der Bedeutung der über die Washingtoner Besprechungen herausgegebenen Erklärungen wurde einem deutschen Pressevertreter in Washington gegenüber von maßgebender Stelle betont, daß hier tatsächlich keine Absicht bestehe, sich von der internationalen Schuldenfrage zu isolieren. Im Gegenteil, der wichtigste Punkt der Unterredungen mit Laval sei die Diskussion von Mitteln und Wegen, wie man Deutschland helfen könne. Nach reiflicher Erwägung des Für und Wider habe es sich als am praktischsten herausgestellt, das Problem durch die im Youngplan vorgesehene Maschine anpacken zu lassen. Je eher das geschehe, desto besser sei es. Bekanntlich sei auf Sachverständigenkonferenzen, wie sie unter dem Youngplan wahrscheinlich einberufen würden, stets Amerika vertreten; und wenn die erste Erregung über das Kommuniqué, das notwendigerweise mit Rücksicht auf die innerpolitischen Situationen in Frankreich sowohl wie in Amerika gewisse „Worte gebrauchte, um gewisse Gedanken zu verbergen“, vorbei sei, werde man auch in der deutschen öffentlichen Meinung den Standpunkt einnehmen, daß der Stein nunmehr bald ins Rollen gebracht sei und Deutschland hieraus in erster Linie Nutzen ziehe.

Verbindlichkeitserklärung des niederschlesischen Schiedsgerichts.

— Berlin, 27. Oktober. Der am 19. Oktober gefällte Schiedspruch für den niederschlesischen Steinkohlenbergbau, der eine siebenprozentige Lohnkürzung vorsieht, ist vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt worden.

Scharfe Kritik Vorahs

an den Washingtoner Erklärungen.

— New York, 27. Oktober. Senator Vorah, der wegen seiner Haltung gegenüber Laval mit Glückwunschtelegrammen aus aller Herren Länder überschwemmt wurde, übte in einer Unterredung mit der Presse scharfe Kritik an der Washingtoner amtlichen Mitteilung. Er betonte, die Erklärungen Hoovers und Lavals seien vollkommen nichtsfähig, vielleicht hätten das die beiden Staatsmänner auch beabsichtigt.

Thomas Lamont bei Laval.

— New York, 27. Oktober. Der Mitinhaber des Hauses Morgan, Thomas Lamont, hatte am Montag eine längere Unterredung mit dem französischen Ministerpräsidenten Laval. Die Zusammenkunft erregte in Wallstreetkreisen starkes Aufsehen.

Erklärung der Reichsbannerführer.

— Magdeburg, 27. Oktober. Unter dem Vorsitz des Bundesführers Hörning verammelten sich die leitenden Funktionäre sämtlicher Gauen des Reichsbanners zu einer Besprechung der Lage. In einer der Presse übergebenen Erklärung wird ausgeführt, das Reichsbanner habe sich dauernd gekämpft. Protestiert wird gegen ein etwaiges Uniform- und Demonstrationsverbot, bezw. seine Ausdehnung auf das Reichsbanner. Im übrigen wendet sich die Erklärung mit scharfen Worten gegen die nationalsozialistische Bewegung.

Die Generalratswahlen in Frankreich.

— Straßburg, 27. Oktober. Die Stichwahlen für die Generalrats- und Kantonalratswahlen bestätigen den Eindruck des ersten Wahlsontags: politische Stabilität. Im Elsaß wurde der aus dem Autonomistenprozeß bekannte Dr. Roos in den Generalrat gewählt.

— Neue Befreiungen von der Beitragspflicht zur Arbeitslosenversicherung. Durch eine solchen erschienenen Verordnung werden jetzt auch die Untertagearbeiter und Arbeitgeber im obereschlesischen Steinkohlenbergbau mit Wirkung vom 8. Oktober bis zum 30. November und im bayerischen Beckstohlenbergbau mit Wirkung vom 1. Oktober bis zum 30. November von der Beitragspflicht zur Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung befreit werden.

In eigener Sache.

In Nr. 235 des „Aufwärts“ ist dem Herrn Rezensenten meines Buches „Am Sterbelager der evangelischen Landeskirche ein nicht unwesentlicher Irrtum insofern unterlaufen, als angenommen wird, der Titel des Buches sei einfach von mir übernommen von einem Hamburger Geistlichen. Tatsächlich hat Herr Pfr. Paul Ebert in Hamburg (Schriftl. d. „Morgenröte“) im Jahre 1913 eine Schrift unter dem Titel „Am Sterbelager der evgl. lutherischen Kirche im Staate Hamburg“ verfaßt und der Öffentlichkeit unterbreitet. Diese Tatsache ist mir erst nach Drucklegung meines Buches durch Herrn Pfarrer Ebert selbst bekannt geworden. Der Titel meines Buches ist von mir mit tiefstem Ernst gewählt worden als völlig dem Gehalt meiner Schrift entsprechend.

Dr. Bodinus-Bielefeld.

Bethel.

— Sein 25-jähriges Arbeitsjubiläum kann heute Herr Tischlermeister Heinrich Brühlheide in der Tischlerei der Anstalt Bethel feiern. Gott segne ihm den Tag und schenke ihm auch weiterhin viel Freude in seiner Arbeit.

Evangelische Schulgemeinde Gadderbaum.

Am Mittwoch, 28. Oktober, abends 8¼ Uhr in Groß Bethel Lichtbild-Vortrag von Herrn Geschäftsführer Windel-Barmen:

„Der Ansturm der Gottlosen gegen Familie, Schule und Kirche!“

Die erwachsenen Mitglieder und Freunde sind herzlich eingeladen. Eintritt frei! Der Vorstand.

— B.-A. Bethel. Am Mittwoch, d. 28. Oktober, abends 8,15 Uhr zeigen die Bielefelder in der Seimholzh-Oberrealschule ein Bauernspiel: „Die verstorbenen Gerechtigkeit“; dazu wird der Film von dem Reichstreffen in Greiz vorgeführt. Eltern und Freunde willkommen!

Eintritt für Erwachsene: 50 Pfg., für Schüler 20 Pfg. Wir treffen uns um 7,30 Uhr (in Kluft!) am Pfortnerhäuschen. Br.

— Die Militärrenten werden am 29., die Invaliden- und Unfallrenten am 31. Oktober gezahlt.

— Wem gehört der Mantel? Der Polizeiverwaltung Gadderbaum ist ein aus einem Diebstahl herrührender und beschlagnahmter Mantel gemeldet worden. Der Täter gibt an, denselben in Bethel von einem Gartenzaun gestohlen zu haben, wo er wahrscheinlich nach erfolgter Wäsche zum Trocknen aufgehängt war.

Der Eigentümer wolle sich auf dem Amte Gadderbaum, Zimmer 2, melden.

Schriftleitung: W. Kraa, Wirtschafts- und Welpolitik; Dr. S. Suttel, Anzeigen; R. Diekmann, alle in Bethel. Zuschriften für die Schriftleitung: Bielefeld, Schleifach 28. Für Geldsendungen Postfachkonto: Hannover 67377, „Aufwärts“. Christliches Tageblatt Bethel b. Bielefeld. Fernruf 3911/3919. Amt Bielefeld. Druck und Verlag: Anstalt Bethel.

Neu!

Aktuell!

Soeben erscheint in neuer Auflage, neu bearbeitet und bedeutend erweitert

Das Schicksal Deutschlands

Ein Blick in die Gegenwart und Zukunft der Völkspolitik. Von Schriftleiter Bernhard Peters

Preis Km. 1.80

Der Verfasser, der als politischer Schriftleiter einer großen Tageszeitung mitten im politischen Leben steht, hat sich doch sein inneres Wort bewahrt, von der aus er das Geschehen der Zeit, das Ringen der Völker und die Auswirkungen der gegenwärtigen Weltlage im Lichte der göttlichen Offenbarung zu sehen versucht. In vorliegender Schrift bemüht er sich, aus den weitestgehenden Zusammenhängen der Gegenwart Entwicklungslinien für die Zukunft zu ziehen. Die Unterredung wird jedoch lediglich im Bild auf unser deutsches Volk vorgetragen. Von der weitest auf dieser Schrift ist, daß sie nicht eine Prophezeiung aufstellt, wohl aber klare Schlüsse zieht und erhellende Weisheit leiten zeigt. Zur Anschaffung dringend empfohlen!

Verlag Missions-Buchhandlung Worms a. Rh.

Im Diakonissenhaus-Salem

Cottbus ist ein

Zimmer

für alte, pflegebedürftige Dame frei. Näh. durch Schw. Frida daselbst.

Einen herrlichen

Ruheplatz

bietet Erholungsuchenden das Haslberg-Gut Goldern, Berner Oberland, 1060 m hoch, sonnenreich, windgeschützt, bebagt, eingerichtet, sorgf. geführt. Herbst- und Winterturen, bes. stärkend, auch für schwächliche Kinder bei mütterl. Pflege und jung. Mädchen zur Ausbildg. im Haushalt. Auf Wunsch Diätkost. Preise d. Notzeit angepasst. Ill. Prospekt vom Hausvater Dr. A. Burdhardt, W.

Trinkerrettungsanstalt Blaukreuzhof Hamm (Westf.) Land

Gründungs-Jahr 1906

Fernr.: Untertrop 32 Fernamt Hamm Postcheckkonto: Dortmund 3124

Elis Metall-Betten Schlafmtr. u. Holz- u. Stahlmtr. Kinderb., Polster, Chaisel., an jeden. Teil. Katalog frei. Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.)



KLISCHEES

ERHÖHEN DIE WIRKSAMKEIT JHRER ANZEIGEN.

ALLE DRUCKSTÜCKE IN MUSTERGÜLTIGER AUSFÜHRUNG

BORGSTADT & BUSCH BIELEFELD TELEFON 1306

Leichtlungenkranke u. Erholungsbedürftige

finden liebevolle Aufnahme bei zeitgem. Preise. Liegehallen am Walde, Zentralheizung usw. Kurheim Frau Dr. Brandner, St. Blasen.

Großer Saal des „Ryffhäuser“

Donnerstag, 29. Okt. 1931, abends 8¼ Uhr

Lichtbildervortrag

Elfa Brandströms Liebeswerk

von Bertha Zilleßen

Eintritt:

75 Pfg., Schüler 30 Pfg. Vorverkauf: 60 Pfg.

Vorverkauf in der Pfefferschen Buchhandlung

Mein edler Tilster Vollreißkase mit 48 Stk. Fett l. T. kostet ab heute nur RM 0.50 pro Pfd. Ver. und erfolgt nur in Postkolle und Nachn. Porto u. Verpackung frei.

Friedrich Stotzka Post-Motzweihen. Tilster Niederung.

Stellengesuche und Angebote

haben im „Aufwärts“ großen Erfolg!